

Piotr Madajczyk

Die polnische Politik gegenüber der deutschsprachigen Bevölkerung östlich von Oder und Neiße 1944-1950

Seit dem Sommer 1944 übernahm die von der Sowjetunion geschaffene polnische kommunistische Regierung die Kontrolle über die zentralen und östlichen polnischen Gebiete mit Ausnahme der Territorien, die von der Sowjetunion annexiert wurden (vgl. Karte 3: Polen 1939 und 1945, S. 335). Die polnische Politik vertrat die Idee eines Nationalstaates, in dem es in Zukunft keine nationalen Minderheiten mehr geben würde. In dieser Frage herrschte Einigkeit zwischen den unterschiedlichen politischen Strömungen und breiten Kreisen der Gesellschaft; Meinungsverschiedenheiten bestanden einzig darin, ob Teile der deutschen Bevölkerung zur Arbeit in Polen festgehalten werden sollten und wie groß diese Gruppe sein sollte.

Die Bildung kommunistischer Behörden in Polen war schwierig und erfolgte in Anlehnung an das sowjetische Militär und den Sicherheitsapparat. Besondere Probleme zog in den ehemals deutschen Gebieten die daraus entstehende Doppelherrschaft (polnische Behörden und sowjetische Kriegskommandanturen) nach sich. Die Nationalitätenpolitik wurde mitunter eher durch sowjetische als durch polnische Behörden umgesetzt; erst in der zweiten Jahreshälfte 1945 begann sich die Situation in dieser Hinsicht zu normalisieren. Hierbei war der Handlungsspielraum der Polnischen Arbeiterpartei (PPR) begrenzt, da sie sich mit starken antideutschen Stimmungen unter der polnischen Bevölkerung konfrontiert sah. Sie konnte dieser Haltung nur in begrenztem Umfang entgegenwirken, da sie zugleich versuchte, ihre nationale Gesinnung durch Hinweis auf die deutsche Gefahr und ihre führende Rolle bei der Rückkehr der „wiedergewonnenen Gebiete“ zu beweisen.

Zusammen mit den Grenzverschiebungen entschieden die Siegermächte in Potsdam im Juli/August 1945 über die Zwangsaussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn.

Diese Entschlüsse bestätigten die bereits laufende Aussiedlung und schufen einen rechtlichen Rahmen dafür. Zwei unterschiedliche Bevölkerungsgruppen waren seit Juni 1945 von der Zwangsaussiedlung betroffen: zum einen deutsche Staatsbürger deutscher Nationalität in den ehemals deutschen Gebieten – aufgrund der Verschiebung des polnischen Staatsgebiets um mehrere hundert Kilometer nach Westen –, zum anderen polnische Staatsbürger deutscher Nationalität – aufgrund der Konzeption eines einheitlichen Nationalstaates. Die Behörden organisierten zwangsweise Transporte und ermöglichten daneben die „freiwillige“ Ausreise von Deutschen. Neben unmittelbarem und mittelbarem (z.B. Drohung mit Lagerhaft, Vorenthalten von Lebensmittelkarten) Zwang stand die Möglichkeit der Ausreise von Personen, die sich als Deutsche fühlten und im polnischen Staat ohnehin keinen Platz für sich sahen.

Für die zur Aussiedlung bestimmten Deutschen wurden Sammelstellen organisiert, in denen sie Transporte erwarten sollten. Besonders im Winter 1945/46 fanden die Umsiedlungen vielfach unter menschenunwürdigen Bedingungen statt. Es mangelte an Transportmitteln und Verpflegung, bei der Organisation herrschten chaotische Zustände und es fehlte auf polnischer Seite qualifiziertes und vertrauenswürdiges Personal. So wurden Familien und Eltern von ihren Kindern getrennt, oder hochschwangere Frauen erhielten die Anweisung zur Ausreise. Da die Behörden sich auf die politische Machtübernahme konzentrierten, wurden Raubüberfälle und Plünderungen u. Ä.. bei den Transporten nicht wirkungsvoll unterbunden, zumal die deutsche Zivilbevölkerung ein leichtes Opfer darstellte. Man sollte jedoch nicht davon sprechen, dass die Regierung derartige Übergriffe gegenüber den Deutschen geduldet hat; sie stellte sich ihnen nicht hinreichend entgegen, da sie andere Probleme für wichtiger erachtete. Vermutlich war hier auch die in der unmittelbaren Nachkriegszeit verbreitete Abstumpfung gegenüber jeglichem Leid von Bedeutung. So dauerte es recht lange, bis sich die Lage wieder normalisierte. Die erhaltenen Quellen ermöglichen leider keine genauen Aussagen über die Zahl der deutschen Todesopfer bei den Zwangsumsiedlungen und Transporten.¹

Die Anzahl der Deutschen in den 1944 befreiten Gebieten war nicht groß, und diese verhielten sich nach den Kriegserlebnissen – Evakuie-

¹ Zu dem Thema vgl. jetzt BERNADETTA NITSCHKE, Wysiedlenie ludności niemieckiej z Polski w latach 1945-1949 [Die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen in den Jahren 1945-1949], Zielona Góra 1999.

rung, Flucht, Durchzug der Front, Brutalitäten vieler sowjetischer Soldaten und Massendeportationen in Arbeitslager – meist passiv. Nach der sowjetischen Offensive im Januar 1945 wuchs die Zahl der hinter der Front verbliebenen Deutschen jedoch rasch an. Es gibt keine verlässlichen Angaben über die Zahl der östlich von Oder und Neiße verbliebenen Deutschen, aber neuere Forschungen neigen dazu, sie auf etwa 3,5 Millionen in den ehemaligen deutschen Territorien und über 200.000 im polnischen Staatsgebiet von 1939 zu schätzen, wobei die höchsten Schätzungen bis zu 4,5 Millionen Menschen reichen.² In Polen verblieben drei Bevölkerungsgruppen, die sich zum Teil bereits damals und zum Teil in späteren Jahren mit der deutschen Nationalität identifizierten: 1) „*anerkannte Deutsche*“, d.h. Reichsbürger deutscher Nationalität, 2) „*Volksdeutsche*“, d.h. polnische Staatsbürger, die 1939-1944 in die Deutsche Volksliste aufgenommen worden waren, und 3) „*verifizierte*“ Polen oder „*Autochtonen*“, d.h. bisher deutsche Staatsbürger, die von den Behörden als (re-)polonisierungsfähig betrachtet wurden.

1. „Anerkannte Deutsche“

Ein Teil der Deutschen musste zur Arbeit in Polen verbleiben und sollte später ausgesiedelt werden; diese Personen wurden als „*anerkannte Deutsche*“ bezeichnet. Da ihr Aufenthalt als zeitlich begrenzt angesehen wurde, gab es keine genauen gesetzlichen Regelungen und es wurden keine entsprechenden Vorschriften erlassen. So unterschied sich die Politik gegenüber dieser Gruppe regional erheblich. Einige lokale polnische Verwaltungen befahlen den Deutschen z.B. eine Armbinde mit einem „N“ (für Niemcy = Deutsche) zu tragen, doch solche Anordnungen wurden von den zentralen Behörden aufgehoben.

Ein Teil der Deutschen befand sich vor der Weiterleitung zum Transport in die Besatzungszonen in Deutschland in polnischen Lagern für Deutsche oder wurde in den Städten in deutschen Vierteln konzentriert. Viele versuchten sich zu verstecken, um dem Lager und der Zwangsarbeit zu entgehen und illegal über die Grenze zu gelangen. Das Lager-

² Czesław Osękowski, *Społeczeństwo Polski zachodniej i północnej w latach 1945-1956. Procesy integracji i dezintegracji* [Die Gesellschaft in West- und Nordpolen in den Jahren 1945-1956], Zielona Góra 1994, S. 83; Joachim Rogall, *Flucht, Vertreibung, Aussiedlung und deren Nachwirkung*, in: *Deutsche und Polen 1945-1995. Annäherungen*, hrsg. v. Eva Rommerskirchen, Düsseldorf 1996, S. 67.

system stellt ein bislang noch nicht ausreichend erforschtes Problem dar; es ist unklar, wie viele Lager es gab, wie viele Gefangene dort lebten und wie hoch die Sterblichkeit war. Die Lager waren unterschiedlichen behördlichen Organen unterstellt, ihre Struktur war undurchsichtig und förderte Missbräuche. Das Lagernetz umfasste ganz Polen mit Knotenpunkten in zentralen Arbeitslagern (insbesondere in Jaworzno), Nebenlagern und einer großen Anzahl von Übergangslagern, die nur für einen kurzen Zeitraum existierten. Die genaue Zahl der Lager lässt sich kaum bestimmen, doch die in Deutschland genannte Ziffer von 1.225 Lagern scheint überhöht. Der Schwerpunkt der Lagerstruktur lag in Oberschlesien, wo die Insassen im Kohlebergbau eingesetzt wurden. Gleichzeitig wurden Lagerinsassen in der Landwirtschaft, in Fabriken, bei Aufräumarbeiten und auch bei Privatpersonen beschäftigt.

In den Lagern befanden sich sowohl Personen, die durch ein Gericht verurteilt worden waren, wie auch Häftlinge ohne Gerichtsurteil sowie Kriegsgefangene. Insgesamt schätzt man die Zahl der deutschen Lagerinsassen auf 200.000 Personen. Die Lager erfüllten vielfältige Funktionen, teilweise hatten sie repressiven Charakter – Gefangene wurden misshandelt und ermordet; die Lager in Lamsdorf (Łambinowice), Schwientochlowitz (Świętochłowice) und Jaworzno wurden zum Inbegriff besonderer Grausamkeit. Andererseits dienten sie als Arbeits-, Straf- und Isolationslager; eines der Ziele dieser Lager lag in der Isolierung der Deutschen von der polnischen Bevölkerung. Diese Funktionen waren zumeist vermischt, viel hing von dem Kommandanten und den lokalen Gegebenheiten ab. Eine große Bedeutung hatte das Lagerpersonal, oft in der Mehrheit durch die Kriegswirklichkeit verrohte junge Leute. Für die Regierung stand die Funktion als Arbeitslager im Mittelpunkt; das Lager- system sollte Einnahmen erwirtschaften und dem Wiederaufbau des Landes dienen. Die Straf- und Isolierfunktion waren lediglich zusätzliche Aspekte, wobei zu beachten ist, dass die einzelnen Lager in der Regel mehrere Funktionen gleichzeitig erfüllten.

Institutionell unterstanden die Lager verschiedenen Behörden, so der Miliz, den Sicherheitsorganen, der staatlichen Verwaltung und dem Militär. In der Anfangsphase bestanden auch sog. „wilde Lager“, die von lokalen Behörden eingerichtet wurden, was ebenfalls Missbräuche ermöglichte. Seelsorgerische Dienste waren zumeist nicht zugelassen. Sehr lange waren die sanitären Bedingungen fatal, in vielen Lagern wie in Sikawa bei Lodz kam es zu Epidemien, die Kindersterblichkeit war hoch und die Verpflegung unzureichend. Weitaus mehr Personen starben

infolge von Krankheiten als durch Misshandlungen. Das polnische Lagersystem unterschied sich grundsätzlich von dem auf Vernichtung angelegten, zentral organisierten und präzise die Anweisungen „von oben“ umsetzenden System der Nationalsozialisten. Die polnische Regierung hatte lange Probleme, die Situation unter Kontrolle zu bringen; sie versuchte die Arbeitskraft der Gefangenen zu nutzen, konnte sich aber nicht gegen die Willkür des Sicherheitsapparates durchsetzen, dessen sie zur Machtssicherung bedurfte.³

Neben den zur Arbeit gezwungenen Lagerinsassen blieben die übrigen „*aerkannten Deutschen*“ als billige Arbeitskräfte oder auch als Gelegenheitsarbeiter vor Ort. Diejenigen, die durch polnische Arbeitskräfte zu ersetzen waren, sollten so schnell wie möglich entlassen und ausgesiedelt werden, denn die Städte in den westlichen Gebieten Polens hatten noch einen stark deutschen Charakter. Der Arbeitseinsatz von Deutschen war 1945/46 in einem hohen Grade willkürlich unter Missachtung der Vorschriften. Viele Polen, auch die lokalen Behörden, waren daran interessiert, die Deutschen als billige Arbeitskräfte festzuhalten.

Eine große Rolle für die Lage der Deutschen spielte neben den materiellen Lebensumständen auch die Tatsache, dass sie sich in der gegebenen Situation verloren fühlten und die wenigen Rechte, die ihnen zugestanden wurden, nicht ausnutzen konnten. Viele wussten lange Zeit nichts von den territorialen Veränderungen im Nachkriegseuropa. Die „*aerkannten Deutschen*“ besaßen in den Nachkriegsjahren nicht die polnische Staatsbürgerschaft, ein Teil nahm sie nie an. In der Mehrheit wollten sie nicht in Polen bleiben. Sie wurden dort als Staatenlose behandelt, ausgeschlossen von der Sozialgesetzgebung und von leitenden Positionen, bei den Wahlen zu den Arbeiterräten zählten ihre Stimmen nicht, und es wurden auch keine Vertreter von ihnen gewählt. Von ihren Arbeitsgehältern (am Anfang erhielten sie oft nur Verpflegung), die meist im Akkord berechnet wurden, erhielten sie 25% für den Wiederaufbau des Landes abgezogen; diese Vorschrift wurde teilweise am 26. August 1946 aufgehoben. Dazu kam die brutale Behandlung durch einen Teil der polnischen Arbeiter und den übergeordneten Sicherheitsapparat. Besser, manchmal sogar besser als polnische Arbeiter, wurden hoch

³ Zu den Lagern vgl. PIOTR MADAJCZYK, *Przyłączenie Śląska Opolskiego do Polski 1945-1948 [Die Angliederung des Oppelner Schlesiens an Polen]*, Warszawa 1996 und die Arbeiten von Edmund Nowak, besonders: *Schatten von Łambinowice. Versuch einer Rekonstruktion der Geschichte des Arbeitslagers in Łambinowice in den Jahren 1945-1946*, Opole 1994.

qualifizierte Fachkräfte bezahlt, die für die Aufrechterhaltung der Produktion unabkömmlig waren.

Die zur Arbeit gezwungene und oft nicht ausreichend ernährte deutsche Bevölkerung war in einem sehr schlechten Gesundheitszustand. Epidemien breiteten sich aus (Typhus und – aufgrund von Vergewaltigungen – Geschlechtskrankheiten), es fehlte an Medikamenten und denjenigen, die Lebensmittelkarten erhielten, reichte nicht immer das Geld, um dafür auch Lebensmittel zu kaufen. Tragisch war die Situation der Kinder, vor allem wenn sie krank waren und die Eltern kein Geld für eine Behandlung hatten. In manchen Bereichen entsprach die Lage der Deutschen den allgemein harten Lebensumständen im Nachkriegsopolen, aber die konkrete Situation der Deutschen war durch Verfolgungen, den Verlust ihrer Wohnungen, Raubüberfälle und den Verlust rechtlichen Schutzes extremer. In der lokalen Presse wurde ein Bild der Feindschaft gegen alles Deutsche gezeichnet, was auf fruchtbaren Boden fiel, denn viele Polen fühlten sich unsicher und bedroht durch den in der offiziellen Propaganda stark überzeichneten deutschen Untergrund. Es gab auch andere Gesinnungen, aber sie gehörten zur Minderheit, ungern wurden sie auch – angesichts der feindlichen Reaktionen des Sicherheitsapparates – geäußert.⁴

2. „Volksdeutsche“

Die deutschen Behörden hatten im Zweiten Weltkrieg in den polnischen Gebieten die „Deutsche Volksliste“ eingeführt und von polnischen Bürgern eine Deklaration der deutschen Nationalität gemäß den vier Gruppen der Volksliste gefordert (vgl. den Beitrag von Hans-Jürgen Bömelburg und Bogdan Musial, v.a. S. 63-67 und S. 87-91). Es gab keine einheitlichen Richtlinien für die Eintragung in die Volksliste. In Ostschlesien (1,3 Millionen) und in Danzig-Westpreußen (700.000) wurden die Eintragungen unter der Androhung von Zwangsarbeit oder der De-

⁴ Neue Informationen enthalten folgende Monographien: BEATA OCIEPKA, Niemcy na Dolnym Śląsku w latach 1945-1970 [Die Deutschen in Niederschlesien in den Jahren 1945-1970], Wrocław 1994; ELŻBIETA KASZUBA, Między propagandą a rzeczywistością. Polska ludność Wrocławia w latach 1945-1947 [Zwischen Propaganda und Wirklichkeit. Die polnische Bevölkerung Breslaus in den Jahren 1945-1947], Warszawa / Wrocław 1997; ZENON ROMANOW, Ludność niemiecka na ziemiach zachodnich i północnych w latach [Die deutsche Bevölkerung in den nördlichen und westlichen Territorien] 1945-1947, Słupsk 1992.

portation in Konzentrationslager erzwungen. Die Situation derjenigen, die sich dem Druck von deutscher Seite ausgesetzt sahen, war tragisch, und die Entscheidungen unterschiedlich. Die polnische Exilregierung und die polnische katholische Kirche empfahlen, sich in die Volksliste aufnehmen zu lassen, wenn es anders nicht möglich war, Repressionen zu entgehen. Die Mehrheit der in die erste und zweite Gruppe der Volksliste aufgenommenen Personen waren vor dem Krieg polnische Staatsbürger deutscher Abstammung gewesen, für welche die Aufnahme meist eine Bestätigung ihrer Nationalität bedeutete. Am anderen Ende der Skala standen Personen, die man als Opportunisten oder als polnische Verräter bezeichnen kann.

Unter diesen sog. „Volksdeutschen“ bemühte sich eine große Zahl, schnell aus Polen auszureisen, was die lokalen Behörden, die in ihnen billige Arbeitskräfte sahen (außer in Potulice wurden sie unter anderem in den Lagern Rudak (bei Thorn), Zimne Wody (Kaltwasser bei Bromberg), Łęgnowo, Gronowo und Sikawa festgehalten), ablehnten. Ihre Zahl verringerte sich schnell. In der Wojewodschaft Warschau betraf das Problem der „Volksdeutschen“ nur die nördlichen masurischen Kreise, sowie die Gegend um Sochaczew, Gostynin und die Umgebung von Warschau. Sehr große Bedeutung besaß es dagegen in dem bereits vor dem Krieg polnischen Teil Oberschlesiens und unter der kaschubischen Bevölkerung Pommerellens.

Die polnische Gesellschaft war gegen die „Volksdeutschen“ feindlich eingestellt, selbst wenn die zweifelhaften Kriterien für die Aufnahme in die Volksliste gesehen wurden. Gemäß mehrerer Rechtsverordnungen wurde die Mehrheit von ihnen bis zur Rehabilitierung oder Aussiedlung unbefristet in Arbeitslager überstellt. Zu Beginn des Jahres 1946 lebten in Polen 212.000 ehemalige „Volksdeutsche“, die als Deutsche anerkannt worden waren und 223.000, deren Angelegenheiten noch nicht entschieden waren. Am schwierigsten verlief die Rehabilitierung in der Umgebung von Lodz, wo sie nicht ganz 10% von 92.000 Personen zuteil wurde.⁵ Personen, die in Gebieten lebten, in denen die Eintragung in die Volksliste erzwungen worden war, und die der dritten oder vierten Gruppe angehörten, gaben eine Deklaration über die Zugehörigkeit zur polnischen Nationalität ab und erhielten eine vorübergehende Bescheinigung der polnischen Staatsbürgerschaft. In den übrigen Gebieten und

⁵ Angaben nach ALFRED BOHMANN, Menschen und Grenzen. Bd. 1: Strukturwandel der deutschen Bevölkerung im polnischen Staats- und Verwaltungsbereich, Köln 1969, S. 161f.

generell für die Angehörigen der Deutschen Volksliste Gruppe 2 musste der Nachweis erbracht werden, dass die Eintragung unter Zwang erfolgt war sowie die Rehabilitierung auf dem Rechtsweg erfolgen. Angehörige der Gruppe 1 wurden als Deutsche angesehen und ausnahmslos aus Polen ausgesiedelt.

Für den Fall der Einstellung des Verfahrens gegen eine Person stellte sich die Frage nach der Rückgabe des Besitzes, was weitere Konflikte verursachte. Gemäß der Gesetzgebung wurde Personen, die sich zur deutschen Nationalität bekannten, die polnische Staatsbürgerschaft aberkannt. Sie unterlagen der Zwangsaussiedlung aus Polen und ihr Besitz wurde konfisziert. Die Staatsangehörigkeit verloren ebenso Kinder und Ehegatten, falls sie Polen verlassen wollten. Kindern wurde die Staatsangehörigkeit nicht entzogen, wenn ein Elternteil dies nicht wollte, oder sie über 13 Jahre alt waren und erklärten, in Polen bleiben zu wollen.

Bereits in der zweiten Jahreshälfte 1944 kam es zu Massenverhaftungen ehemaliger „Volksdeutscher“. Der Beweis konkreter Vergehen erschien als unnötig und größere Personengruppen wurden zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert. Ihr Besitz wurde konfisziert und einzelnen Personen oder Institutionen übertragen.

Ein echtes Problem lag in der Einstellung der polnischen Bevölkerung zu den „Volksdeutschen“, die allesamt als Verräter angesehen wurden. In einer solchen Atmosphäre gab es keine zufriedenstellende Lösung dieses Problems und weitere gesetzliche Regulierungen konnten dies auch nicht ändern. Die lokalen Behörden waren der Meinung, dass auch eine Rehabilitierung nicht zur Wiedergutmachung für die vollzogenen Konfiskationen verpflichtete. Diese Haltung resultierte aus der erheblichen Verletzung von familiären und nachbarlichen Beziehungen durch die Volksliste insbesondere in Zentralpolen, was tiefe Spuren im gesellschaftlichen Bewusstsein hinterlassen hat. Tatsächlich waren daran Bekanntschaften und Schulfreundschaften zerbrochen.

Die feindliche Einstellung der Mehrheit der Bevölkerung zu den „Volksdeutschen“, der Verlust des Besitzes und die gesellschaftliche Degradierung waren die Haupthindernisse bei der Integration dieser Bevölkerungsgruppe in die Gesellschaft und den polnischen Staat. U.a. infolge dieser schwierigen Integration erklärte ein Teil dieser Personen später erneut seine Option für die deutsche Nationalität. Allerdings

ermöglichen die zugänglichen Materialien keine Antwort auf die Frage, wie groß diese Gruppe war.⁶

3. „Verifizierte“ Polen mit ehemals deutscher Staatsbürgerschaft

Diese Gruppe bildeten Bürger Vorkriegsdeutschlands, die nach 1945 von polnischen Behörden als zur polnischen Nation zugehörig überprüft und als solche anerkannt wurden. Die in diesem sog. „Verifikationsverfahren“ anerkannten Gruppen der Grenzbevölkerung, die auch „einheimische Bevölkerung“ oder „Autochthone“ genannt wurden und ethnisch als Polen galten, durften im neuen Polen verbleiben. Dazu zählten Bevölkerungsgruppen in der Grenzregion, die über mehrere Generationen polnischem und deutschem Einfluss ausgesetzt waren, ein starkes regionales Eigenbewusstsein besaßen und nicht immer Deutsch als Muttersprache verwandten, wie die Ermländer, Masuren, Schlesier, Kaschuben (einige dieser Bevölkerungsgruppen hatten auch mit der Volksliste zu tun gehabt). Im Umfeld der offiziell propagierten Lösung von den „Wiedergewonnenen Gebieten“ und einer tausendjährigen Unfreiheit der polnischen Bevölkerung dort stellte ‚man nach 1945 die Existenz einer großen, vermeintlich polnischen Bevölkerung gern heraus. In Wirklichkeit waren im Grenzbereich unterschiedliche nationale Haltungen anzutreffen – von der polnischen Option über eher indifferente und regionalistische Einstellungen bis zu der am weitesten verbreiteten deutschen Option.

Allgemein war für die weitere Entwicklung der „verifizierten“ Polen, die entweder zur Integration in die polnische Bevölkerung oder aber zur Bildung einer deutschen Minderheit in Polen führen konnte, bereits die Ausgangslage 1945 sehr schwierig. Während der Zwischenkriegszeit und besonders im Nationalsozialismus verstärkte sich die deutsche Option, besonders unter den Masuren, ähnlich unter den Ermländern. Auch in Oberschlesien wurden in der Oppelner Region seit den zwanziger Jahren propolnische Einstellungen schwächer. Die Schlesier wurden in die

⁶ Archiwum MSW [Zentralarchiv des Polnischen Innenministeriums], Ministerstwo Administracji Publicznej (MAP) t. 278, 299, S. 74-74a; vgl. auch ANDRZEJ SAKSON, Stosunki narodowościowe na Warmii i Mazurach 1944-1997 [Nationalitätenverhältnisse im Ermland und in Masuren], Poznań 1998, S. 101f.; deutsche Einschätzungen bei EUGEN OSKAR KOSSMANN, Deutsche mitten in Polen. Unsere Vorfahren am Webstuhl der Geschichte, Berlin 1985, S. 186; BOHmann, Menschen (wie Anm. 5), S. 157f.

deutschen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Aktivitäten miteinbezogen, sie sahen in der deutschen Option den Beginn eines beruflichen und gesellschaftlichen Aufstiegs. Diese Veränderungen betrafen die polnische Nationalbewegung umso stärker, als insbesondere die Jugend sehr schnell ein deutsches Bewusstsein entwickelte.

Anders entwickelte sich lediglich die kaschubische Bevölkerung. Sie bildete eine relativ geschlossene Gruppe mit einer ausgeprägten Tradition ökonomischer und zivilisatorischer Konkurrenz gegenüber Deutschland und entwickelte sich nicht zu einer nationalen Minderheit, sondern zu einer starken regionalen Volksgruppe, die sich mehrheitlich Polen verbunden fühlte. Ein wieder anderes Schicksal erlitt die sehr kleine, historisch mit den Kaschuben verwandte Bevölkerungsgruppe der sog. Slowinzen, die nach 1945 die Umgebung von Stolp bewohnte. In ihr waren weder emotionale Bindungen an das Polnische noch an das Kaschubische festzustellen, die Slowinzen waren Protestanten und beherrschten in der Regel auch die polnische Sprache nicht. In der damaligen Atmosphäre zog dies eine feindselige Einstellung der polnischen Neusiedler sowie der örtlichen Behörden nach sich, welche die ortsansässige Bevölkerung als Deutsche ansah (wie dies auch deren Selbstverständnis entsprach). Polnisch war sie (wenn auch mit slawischen und nicht polnischen Wurzeln) lediglich in der Ideologie des Polnischen Westverbandes (Polski Związek Zachodni), der die ethnische Herkunft in den Mittelpunkt rückte.

Die nach der Niederlage Deutschlands in West- und Nordpolen verbliebene deutsche Bevölkerung bestand zum überwiegenden Teil – nach der Mobilisierung während des Krieges und der Verschickung arbeitsfähiger Männer zur Zwangsarbeit in die UdSSR – aus Frauen, Kindern und alten Menschen. Sie war infolgedessen Gewalt und Missbräuchen sowie Raub durch Diebesbanden, deren die polnischen Behörden nicht Herr wurden, besonders ausgesetzt. Dabei handelte es sich sowohl um einfachen Raub wie um Aneignung von Eigentum in Zusammenarbeit mit den örtlichen Behörden. Schließlich erlebte und erlitt die „verifizierte“ Bevölkerung Plünderungen, physischen sowie psychischen Terror durch den Sicherheitsapparat und einen Teil der zugewanderten Bevölkerung, eher von Siedlern aus Zentralpolen, als durch Umsiedler aus den polnischen Ostgebieten. Aber auch bei Kontakten mit den Letztgenannten gab es schwer zu überschreitende Grenzen, da die Situation der auf die „Verifizierung“ wartenden Bevölkerung schwer zu verstehen war (während diese ihrerseits die Lage der Ankömmlinge aus dem Osten oft

nicht nachvollziehen konnte) und die Unmöglichkeit einer eindeutigen nationalen Zuordnung zusätzliche Dissonanzen schuf.

Massenhafte Übergriffe gegenüber der verbliebenen deutschen Bevölkerung waren nicht nur den rechtlich gelockerten Verhältnissen und der Demoralisierung in den ersten Jahren nach dem Krieg zuzuschreiben, sondern auch der feindlichen Einstellung eines großen Teils der zuwandernden Bevölkerung. Im Falle der Masuren wurde die Feindschaft gegen sie noch durch ihren protestantischen Glauben verstärkt, der mit dem Stereotyp des „katholischen Polen“ kollidierte. Die katholische Kirche hatte nur begrenzte Spielräume, da sie nicht nur nach Innen uneinheitlich war, sondern auch durch Verbote seitens der Behörden nur eingeschränkt tätig sein konnte.

Was waren die Ursachen der oben dargestellten Feindschaft? Falsch wäre es, ihre Quellen hauptsächlich in kulturellen und zivilisatorischen Unterschieden zu sehen, die zwar die Konflikte verschärften, aber nicht ihre Ursache sein konnten. Dies ist aus der Tatsache ersichtlich, dass sich die Beziehungen zwischen Oberschlesiern und Umsiedlern aus Ostpolen besser gestalteten, als mit solchen aus Zentralpolen. Trennten die Oberschlesier auch von den Umsiedlern aus dem Osten größere kulturelle Unterschiede, so erwies sich diesen gegenüber jedoch eine gewisse Ähnlichkeit des Schicksals und ein schwächerer Antagonismus als wichtiger, was in einem weniger stark ausgeprägten Nationalismus und einem geringeren Grad an Demoralisierung durch den Krieg begründet lag. Dies änderte auch nicht die Tatsache, dass die damit verbundene Etikettierung der „Autochthonen“ als „gebelse“ (Goebbelsanhänger), „szwaby“ (Schwaben, abfällig für Deutsche) oder der Siedler aus Ostpolen als „hadziaje“ ein zentrales Element für die Perzeption der Gruppen gegenüber darstellte. Sie trug zu einer Vertiefung der Trennlinien innerhalb der Bevölkerung sowie der deutschen Identität bei, weil die Oberschlesier unentwegt daran erinnert wurden, dass sie den polnischen Bürgern nicht gleichgestellt seien. Diese Etiketten, von der Umwelt aufgezwungene Identifikationsmuster, erwiesen sich als ungemein dauerhaft und wurden an die folgenden Generationen weitergegeben.

Die feindliche Einstellung der zugewanderten Bevölkerung war ein Hindernis bei der Integration in die neue Gesellschaft und sie scheint ein weiteres Element (neben weit fortgeschrittenen Prozessen der Germanisierung, kulturellen und zivilisatorischen Unterschieden sowie der Politik der kommunistischen Behörden) zu sein, das die immer stärker werdende deutsche Option innerhalb der Grenzbevölkerung erklärt. Dies Problem

ist vielschichtig: Die oben genannten Faktoren betreffen den Einfluss einer solchen Haltung auf den Teil der Grenzbevölkerung, der sich dem Polentum zugehörig fühlte oder national indifferent war. Wenn die Historiker hingegen recht einmütig unterstreichen, wie weit fortgeschritten die Germanisierung unter der Grenzbevölkerung gewesen sei, so zeigt sich, dass die Einschätzung der Zuwanderer weitgehend zutreffend war – die ortsansässige Bevölkerung betrachtete sich in großem Umfang als Deutsche (etwas weniger in Schlesien). Demgegenüber war in den damaligen Vorstellungen der Behörden, ebenso wie der Gesellschaft, die Tatsache, polnischer Staatsbürger zu sein, eng mit dem Bewusstsein polnischer Nationalität verbunden. Die Behörden entschieden aus politischen und ideologischen Gründen, dass die Grenzbevölkerung im Ganzen als polnisch gelten sollte, aber sie hatten keine Mittel, um dies in der Gesellschaft und gegenüber den örtlichen Behörden durchzusetzen.⁷

Bei der missglückten Integration dieser Bevölkerungsgruppen in den polnischen Staat spielten verschiedene Faktoren eine Rolle: Streitigkeiten um Immobilien und Bauernhöfe lösten Spannungen zwischen der „verifizierten“ und der zugewanderten Bevölkerung aus. Die fehlerhafte polnische Politik führte dazu, dass viele Personen, die ein Anrecht auf eine „Verifikation“ hatten, in Lagern einsaßen, was wiederum zum Entstehen antipolnischer Einstellungen beitrug. Nach den Plünderungen kamen die zukünftigen polnischen Staatsbürger nun mit dem Sicherheitsdienst, Lagern und der Miliz in Berührung, was die Abneigung verschärfte. Während der „Verifizierung“ selbst wurden von Seiten der Behörden viele Fehler gemacht und es kam zu Übergriffen, die auf materielle Motive, Unkenntnis der Probleme der Bevölkerung und politische Gründe zurückzuführen waren.

In der polnischen Historiographie ist die „Verifizierung“ früher hauptsächlich von ihrer politikgeschichtlichen Seite her betrachtet worden, als Wahl zwischen Polen und Deutschland; doch die Motive, welche die Schlesier, Masuren oder Ermländer zur „Verifizierung“ bewegten, waren unterschiedlich und sind eher im gesellschaftlichen oder psychologischen Bereich zu suchen. Nur eine Minderheit fühlte sich (mehr oder weniger) als Polen. National indifferent oder sich als Deutsche fühlende Personen erstrebten die „Verifizierung“, um auf ihren Höfen bleiben zu können, der Lagerhaft zu entgehen, da zu bleiben, wo man „immer schon“ gewesen war, oder sich vor einer ungewissen Zukunft im kriegszerstörten

⁷ MADAJCZYK, Przyłączenie (wie Anm. 3), S. 169–183; Sakson, STOSUNKI (wie Anm. 6).

Deutschland zu schützen. In der konkreten Bedrohungssituation vermied man eine eindeutige Erklärung zur nationalen Zugehörigkeit. Viele glaubten, dass in der Zukunft die Vorkriegsgrenzen wiederhergestellt würden. Die lokalen Gesellschaften versuchten überdies, einfach zu überdauern, alte Verbindungen nicht abreißen zu lassen, und da ein Gefühl der Andersartigkeit gegenüber den Deutschen vorhanden war und häufig Zweisprachigkeit die Situation erleichterte, konnte man umso leichter den Beschluss zum Bleiben fassen.

Die Frage der polnischen Staatsbürgerschaft für ehemalige deutsche Bürger polnischer Nationalität in den Westgebieten regelte das Gesetz vom 28.4.1946, obwohl lokale Behörden bereits früher Verordnungen erlassen hatten.⁸ Gemäß der Anlage der „Verifizierung“ musste, um die polnische Staatsbürgerschaft erwerben zu können, vor einer Prüfungskommission die polnische Nationalität nachweisen und eine Erklärung bezüglich der Treue zum polnischen Volk und Staat abgeben. In der Praxis hatte die „Verifizierung“ einen anderen Charakter, denn sie schloss auch eine große Gruppe der Bevölkerung mit unklarer Nationalität ein, welche die Behörden polonisieren oder repolonisieren wollten. Auch in der Frage der Staatsbürgerschaft wurde nicht alles geklärt, denn bei Erhalt der polnischen Staatsbürgerschaft musste die deutsche nicht abgelegt werden. Unter den „Verifizierten“ bildeten diejenigen Deutschen, die fälschlicherweise als Polen anerkannt wurden, wie auch diejenigen, die sich unter dem Einfluss der polnischen Politik für die deutsche Option entschieden, die spätere deutsche Minderheit. Bis 1950 wurden insgesamt 1.104.134 Personen „verifiziert“.⁹

Nach der „Verifizierung“ setzte unter dieser Bevölkerungsgruppe die Bekämpfung aller deutschen kulturellen Einflüsse ein. Teilweise lag hier ein Interessenkonflikt zwischen der alteingesessenen und der zugewanderten Bevölkerung vor. Weil die Behörden danach strebten, die letztgenannte Gruppe zu stabilisieren, musste ihr das Gefühl gegeben werden, zu Hause zu sein und ein Anrecht auf die Gebiete zu haben, in die sie kamen. In der damaligen Situation und unter Berücksichtigung der vorherrschenden Stimmung schloss dies eine sichtbare Darstellung der deutschen Tradition und Kultur aus, die als feindlich und Unsicherheit

⁸ Dziennik Ustaw [Gesetzesblatt] (1946), Nr. 15, Pos. 106; eine Auswahl wichtiger polnischer Rechtsbestimmungen über die deutsche Bevölkerung befindet sich in Bd. 1 der Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. München 1957 [Neudruck 1984].

⁹ Angaben zur Volkszählung nach OSEKOWSKI, Społeczeństwo (wie Anm. 2), S. 98.

erweckend angesehen wurde. Die polnischen Behörden setzten jegliche Verbundenheit mit deutschen kulturellen Einflüssen mit einer Option auf die deutsche Nationalität gleich. Sie waren überzeugt, dass auf der Basis der Sprachgemeinschaft und der Berufung auf eine gemeinsame Vergangenheit eine Verschmelzung der „verifizierten“ Bevölkerung mit dem polnischen Volk erfolgen könne.

In die Maßnahmen zur Bekämpfung des deutschen Erbes in Westpolen banden die Behörden Ämter, Parteien, Gewerkschaften, Kultur-, Bildungs- sowie Jugendverbände ein. Vor allem im Gebiet der Wojewodschaft Schlesien wurde ein Reihe administrativer Tätigkeiten gegen den Gebrauch der deutschen Sprache eingeleitet. In großer Anzahl wurden Namen und Vornamen polonisiert, deutsche Bücher zerstört, deutsche Aufschriften auf Häusern, Fabriken und Friedhöfen entfernt, sogar auf Schreibmaschinen und Bierfässern. Die hier ausgearbeitete Politik sollte als Vorbild für andere Regionen dienen, denn: „Mit einer möglichen Rückkehr des Deutschtums kann man auch in anderen Wojewodschaften rechnen“.¹⁰ In Masuren wurde der Widerstand von etwa 20.000 Personen gegen die Annahme der polnischen Staatsbürgerschaft erst 1949 mit polizeilichen Mitteln gebrochen.

Nach dem Referendum 1946 ließ bei der „verifizierten“ Bevölkerung die Hoffnung auf die Wiederherstellung der alten Grenzen zugunsten des Wunsches nach der Ausreise aus Polen nach. Offensichtlich machte der Betrug bei der Abstimmung den bis dahin Zweifelnden deutlich, dass dieses politische System auf Dauer angelegt war. In Berichten wurde 1946 bereits über die freiwillige Ausreise verifizierter Personen informiert; ihr starker Wunsch nach einer Ausreise war offensichtlich, und weiterer Betrug der Regierung während der Parlamentswahlen 1947 verstärkte diese Haltung noch.

4. Handlungsmechanismen und Bilanz

Eine Politik, die sich auf die schnellstmögliche Assimilation und Zerstörung der deutschen Kultur gründete, bewirkte das Gegenteil und

¹⁰ Archiwum MSW (wie Anm. 6), t. 278 [1948], S. 101a. Einen ersten Versuch der Beschreibung dieser Politik unternahm BERNARD LINEK, „Odniemczanie“ województwa śląskiego w latach 1945-1950 (w świetle materiałów wojewódzkich) [Die „Entdeutschung“ der Wojewodschaft Schlesien 1945-1950 (nach Wojewodschaftsdokumenten)], Opole 1997.

förderte ein schnelles Anwachsen der deutschen Option anstelle der polnischen. Das kommunistische System, streng zentralistisch und jeglichen Regionalismus unterdrückend, verstärkte den traditionellen polnischen Zentralismus noch. Begriffe wie Eigenständigkeit der lokalen Gesellschaft und Selbstverwaltung waren den kommunistischen Aktivisten fremd und konnten in der Praxis keinerlei Anwendung finden. Für die Kommunisten hatte die Stärkung ihrer Position in den Behörden absolute Priorität; alle weiteren Aufgaben waren zweitrangig. Dies führte bei der bedrohten Bevölkerung im früheren Grenzgebiet jedoch zu einem engen Zusammenrücken und verstärkte die negativen Stereotypen über Polen.

Die deutsche Option wurde auch durch die Politik der kommunistischen Behörden gestärkt, die von der „verifizierten“ Bevölkerung eine aktive Unterstützung für die kommunistischen Strukturen einforderte. Die „verifizierte“ Bevölkerung trat dagegen ungern auch nur irgendeiner Partei bei und begründete dies damit, dass: „die Geschichte zeigt, dass die Parteimitglieder umgekommen sind und die Parteilosen leben“. Die Lehre, die aus der Vergangenheit gezogen wurde, war die, dass ebenso wie das Engagement in der NSDAP schlimme Konsequenzen nach sich gezogen hatte, auch eine Zugehörigkeit zur Polnischen Arbeiterpartei ähnliche Folgen haben könnte.

Schließlich hatte die Politik der Behörden eine größere Bedeutung für die Einstellung zu Polen als Kontakte mit anderen Gruppen der Bevölkerung. In diesen Behörden dominierte in den ersten Jahren der Zugehörigkeit zu Polen Gesetzlosigkeit, Zukunftsangst, Verflechtungen mit Plünderern und Dieben und bei den Betroffenen ein mangelndes Sicherheitsgefühl, fehlendes Vertrauen in die staatlichen Organe und die Überzeugung, dass man auch für die Behörden keine vollgültigen Bürger darstellte. Dies hatte besonders für diejenigen unter den „Verifizierten“ eine entscheidende Bedeutung, die sich nicht als Polen fühlten, aber loyale Staatsbürger sein wollten.

Regierung und Behörden besaßen darüber hinaus keine Möglichkeiten, Einfluss auf die sog. „anerkannten Deutschen“ zu gewinnen, die unter Kuratel standen und auf die Ausreise warteten. Sie verloren auch weitgehend den Rückhalt in ihrer eigenen Kirche. Zwar kehrte nach dem Tod des Erzbischofs Adolf Bertram am 6.6.1945 der Generalvikar Josef Negwer nach Breslau zurück, aber es wurde ihm zu verstehen gegeben, dass die Deutschen Schlesien verlassen müssten. Der Prälat Ferdinand Piontek sprach fließend polnisch, aber dies konnte seine Akzeptanz bei

den polnischen Behörden nicht entscheidend erhöhen. Die weitere Existenz einer deutschen Kirche erschien unmöglich und die polnischen Behörden legten wesentlich mehr Gewicht auf die Polonisierung der katholischen Kirche, als auf das Verhalten gegenüber den in ihrer Sicht marginalen protestantischen Kirchen. Die evangelisch-augsburgische Kirche wurde für eine kurze Zeitspanne wieder aufgebaut – im Frühjahr 1946 gab es 800 aktive Gemeinden mit 300 Pastoren. Ihre Zahl verringerte sich zusammen mit der Aussiedlung, und im Dezember desselben Jahres wurde die Kirchenleitung ausgesiedelt, in der nun das Laienamt eine außergewöhnliche Rolle zu spielen begann. Die polnischen Behörden übernahmen den Kirchenbesitz, aber da in Niederschlesien noch eine Gruppe von einigen zehntausend Deutschen verblieben war, erstarb das religiöse Leben nicht vollkommen.

Die katholische Kirche beteiligte sich unzweifelhaft an der Stärkung des Polentums in den ehemaligen deutschen Gebieten. Von vielen deutschen Autoren wird die Rolle der polnischen Priester in den ersten Jahren nach dem Krieg einhellig negativ beurteilt. Es wird auf die mangelnde geistliche Betreuung der deutschen Bevölkerung in deutscher Sprache verwiesen, obwohl darum gebeten wurde, dies zu ermöglichen. Andererseits wurde die Arbeit der Kirche durch die Rolle, die ihr nach 1945 zukam, deutlich erschwert. Zuvor hatte sie für viele eine Möglichkeit zu regionaler Integration mit übernationalem Charakter dargestellt. Diese Funktion wurde der Kirche nach 1945 genommen und eine deutliche Verknüpfung mit einem ideologischen Polentum gefördert. Einem Teil der Geistlichkeit waren nationalistische Auffassungen nicht fremd, was zu wenig christlichen Verhaltensweisen führte. Es gibt jedoch noch eine andere Seite dieses Problems, die aus deutscher Sicht oft nicht wahrgenommen wird. Nicht die Kirche entschied darüber, in welchem Bereich die deutsche Sprache benutzt werden durfte oder wie die deutsche Bevölkerung behandelt wurde. Sie blickte auf die ehemaligen deutschen Territorien aus einer anderen Perspektive als der deutschen: aus der Sicht der Interessen der polnischen Gesellschaft und des Staates, dessen Westverschiebung eine Tatsache war, mit der es sich abzufinden galt und in der den Gläubigen ein Minimum an Stabilisierung in den neuen Wohnorten zu geben sei. Allerdings förderten in Masuren die Versuche der katholischen Kirche, Protestanten zu bekehren sowie die forcierte Einverleibung der Kirchengebäude nicht die Integration der masurischen Bevölkerung.

Zu einer Integration oder Assimilierung der ehemaligen Grenzbevölkerung erwies sich auch die schulische Praxis als ungeeignet. Zu Anfang wartete ein Teil der „verifizierten“ Bevölkerung auf deutsche Schulen, später – eher im Ermland und in Masuren, als in Oberschlesien – sah man den Besuch einer polnischen Schule als eine Art Verrat an und verzichtete darauf in der Hoffnung, nach Deutschland ausreisen zu können. Eine Integration über das Schulwesen wurde dadurch erschwert, dass es nicht viele Lehrer unter der ansässigen Bevölkerung gab und es den zugereisten Lehrern an Verständnis und Achtung für die heimatlichen Traditionen und Dialekte fehlte. Dies verringerte die Akzeptanz der in der Schule vermittelten Inhalte, im Falle der „autochthonen“ Jugendlichen sogar in zweifacher Weise: aus nationalen wie aus ideologischen (antikommunistischen) Gründen. Außerdem wurden Schule und Lehrer aktiv in die Bekämpfung des Gebrauchs der deutschen Sprache eingebunden: Von Anfang an gab es ein Verbot, Deutsch in diesen Gebieten zu unterrichten; ein entsprechender Entschluss wurde in der Wojewodschaft Schlesien bereits im März 1945 gefasst. Die Einhaltung des Verbots der deutschen Sprache wurde in den Pausen kontrolliert und die Behörden über Kinder informiert, die Deutsch sprachen. Strafmaßnahmen lösten einen Schock aus und oft blieben Ressentiments zurück. Die Behörden forderten schnelle Erfolge auf dem Gebiet der Repolonisierung, verstanden die Probleme nicht und politisierten die Schulen in immer stärkerem Maße.

Die „verifizierte“ Bevölkerung beteiligte sich nur minimal an der Integration auf lokaler Ebene und verblieb zumeist außerhalb der sich formierenden polnischen Gesellschaft in den Nord- und Westgebieten. Trotz dieser negativen Tendenzen waren damals nicht sämtliche Personen, denen von den Behörden die Ausreise verweigert wurde, zur deutschen Minderheit zu zählen. Doch diese Minderheit wuchs, wenn sie auch lange Zeit ihre nationale Identifikation nicht offen äußern konnte. Das Nationalbewusstsein war keine feste Größe, sondern wandelte sich bei der national indifferenten Bevölkerung von einem Unwillen, im polnischen Staat zu verbleiben und einem Gefühl der Andersartigkeit gegenüber der zugewanderten Bevölkerung hin zur Überzeugung, der deutschen Nation zuzugehören. Die „verifizierte“ Bevölkerung bildete eine sehr instabile Gruppierung, innerhalb derer die ganze Zeit über, aus Unzufriedenheit über die eigene Stellung, Bewegungen hin zur deutschen Option zu beobachten waren, während die polnische Option und national indifference Haltungen an Einfluss verloren.

5. Die polnische Politik 1948-1950

Im Jahr 1948 wurden die großen Umsiedlungen nach dem Krieg beendet. Zum gleichen Zeitpunkt änderte sich das politische Leben grundlegend. Der Kommunistischen Partei war es gelungen, die Behörden gleichzuschalten, und sie nahm nach stalinistischem Vorbild zur selben Zeit den Kampf mit den so genannten „rechts-nationalistischen Abweichlern“ auf. Władysław Gomułka wurde aus seiner Position entfernt und das von ihm geleitete „Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete“ aufgelöst. Das Ziel eines einheitlichen Nationalstaates, in dem Staatsangehörigkeit und Nationalität gleichbedeutend waren, wurde aufgegeben. Die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen in Polen nach 1948 wirkten stark desintegrierend: Handel und Mittelstand wurden vernichtet und das Grenzregime verschärft. Man bekämpfte Regionalismen und lokale Initiativen und beschränkte so die ohnehin schon geringe Beteiligung der Bevölkerung am gesellschaftlichen und politischen Leben. Politisch unabhängige Persönlichkeiten wurden verfolgt. Installiert wurde nun ein System, das sich auf Terror, Spitzelwesen und den Sicherheitsapparat stützte und in dem es einfach war, missliebige Personen einer vermeintlich „faschistischen“ Vergangenheit wegen anzuklagen.

Die Gebiete Vorkriegspolens fielen unter die Befugnisse des „Ministeriums für öffentliche Verwaltung“. 1948 wurden in einer dort ausgearbeiteten Studie 110.000 Menschen als Problemgruppe bezeichnet. Unter diesen waren nur 6.000 Deutsche aus den ehemaligen baltischen Staaten und dem Deutschen Reich. Ansonsten handelte es sich um „Volksdeutsche“, das heißt zu jenem Zeitpunkt Personen ohne polnische Staatsbürgerschaft, oder solche, denen diese entzogen werden sollte bzw. gegen die ein Verfahren zwecks Entzug angestrebt wurde.¹¹ Die Situation eines Teils der rehabilitierten „Volksdeutschen“ war instabil; sie empfanden sich als gesellschaftlich degradiert, isolierten sich von den Polen und wurden von den Deutschen mit Misstrauen betrachtet. Am 20.7.1950 wurde alle Sanktionen und Einschränkungen gegen diesen Personenkreis aufgehoben und die laufenden Verfahren annulliert. Eingezogene Vermögen wurden jedoch nicht zurückerstattet. Unklar bleibt, wie viele der ehemaligen „Volksdeutschen“ sich mit der deutschen Nationalität oder dem deutschen Staat identifizierten, ebenso wie die Frage, ob dieser

¹¹ Archiwum MSW (wie Anm. 6), t. 281 [1948], S. 98a-99.

Prozess nicht auch einen Teil der Rückwanderer aus Deutschland erfasste.

Das „Ministerium für die wiedergewonnenen Gebiete“ versuchte die Zahl der Deutschen in den ehemaligen deutschen Provinzen zu ermitteln und gab diese im November 1948 mit etwa 170.000 an, allerdings handelte es sich bei dieser Angabe um einen Schätzwert. Eine größere Gruppe lebte im Westen und Norden des Landes – vorwiegend in den Wojewodschaften Stettin und Breslau.¹² In der folgenden Zählung aus dem Jahr 1949 wurde die Anzahl der Deutschen in Polen mit nicht ganz 90.000 Personen angegeben, diese Angabe enthielt wiederum nur die „*anerkannten Deutschen*“. Hinzu kam ein Teil der „verifizierten“ Bevölkerung mit deutscher Identität, deren Zahl nur schwer zu schätzen ist.

Die „verifizierte“ Bevölkerung lebte in bestimmten Regionen des Landes, vor allem konzentriert in der Wojewodschaft Schlesien, die 1950 in die Wojewodschaften Kattowitz und Oppeln aufgeteilt wurde. Aus den Polen zugefallenen Gebieten Ostpreußens entstand zunächst der Bezirk Masuren und später die Wojewodschaft Allenstein. Die masurische Bevölkerung wurde dabei administrativ getrennt (einige Kreise wurden jeweils in die Wojewodschaften Danzig und Białystok eingegliedert), während die Ermländer komplett in der Wojewodschaft Allenstein lebten. Nur geringe Gruppen „verifizierter“ Bevölkerung verblieben in Niederschlesien und im ehemaligen Ostbrandenburg (Neumark) sowie in der Wojewodschaft Danzig. Im Oppelner Gebiet schätzten Wissenschaftler diese Gruppe auf etwa 180.000 Personen, d.h. etwa ein Drittel der schlesischen Bevölkerung. Diese Schätzung ist sicherlich nicht zu hoch angesetzt, sie gibt aber nicht die Verhältnisse direkt nach Kriegsende wieder, sondern die Situation zur Jahreswende 1946/47. Noch stärker wird die deutsche Option unter den 90.000 „Verifizierten“ im Ermland und in Masuren gewesen sein, doch dort waren die Probleme der Ermländer und Masuren bereits nicht mehr dominierend, da ihre Zahl schnell zurückging. In der Folge von Ausreisen und polnischer Zuwanderung fiel ihr Anteil an der Bevölkerung von ca. 33% im Jahre 1947 auf 20% zwei Jahre später.

Die Umsiedlungen erfolgten seit 1948 in Form von individuellen Ausreisen. 1948 und 1949 wurden aus Polen über 76.000 Deutsche ausgesiedelt. Im Sommer 1948 nahm man Gespräche über eine Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen auf. Nach der Vertragsunterzeich-

¹² Archiwum Akt Nowych [Archiv Neuer Akten], Ministerstwo Ziem Odzyskanych [Ministerium für die wiedergewonnenen Gebiete], t. 526, S. 6 und 8.

nung am 22.9.1948 wurden bis 1950 über 35.000 Kriegsgefangene entlassen. Auch deutsche Waisenkinder wurden nach Deutschland geschickt. 1950 reisten noch einmal etwa 60.000 Deutsche aus (die „Operation Link“ zur Familienzusammenführung umfasste 44.000 Personen, die Zahl ist aber nicht gesichert), wonach die Aussiedlung als abgeschlossen betrachtet wurde. Bis Jahresende 1950 wurde die nach Deutschland ausgesiedelte Bevölkerung auf mehr als drei Millionen Menschen beziffert. Genaue Zahlenangaben sind unmöglich, da einige Angaben zu hoch angesetzt sind und zugleich ein Teil der Personen, die 1945 ausreisten, nicht in die Statistik aufgenommen wurde. Ein statistisches Problem stellen auch Wiedereinreisen von einigen Personen und zweifache Aussiedlungen ein und derselben Person dar.

Die Position der in Polen verbliebenen Deutschen war unklar. In Regierungskreisen war bekannt, dass Aussiedlung und Polonisierung dieses Problem nicht lösen konnten. Man propagierte ein ethnisch einheitliches Polen unter Einschluss der „polnischen Autochthonen“, obwohl man wusste, dass ca. 100.000 unzweifelhaft Deutsche in Niederschlesien und Pommern verblieben waren und den anwachsenden Trend zur Ausreise unter der ehemaligen Grenzbevölkerung kannte. Es gab weiterhin Arbeitslager für Deutsche (Potulice, Gronowo, Sikawa), die eigentlich längst hätten aufgelöst sein sollen. Die Deutschen waren nicht als nationale Minderheit anerkannt und die Behörden erklärten gegenüber den „anerkannten Deutschen“, dass diese zu einem späteren Zeitpunkt nach Deutschland ausgesiedelt werden würden; der weitere Aufenthalt verlief aber unter besseren Bedingungen als zuvor. Gleichzeitig wurde immer mehr die Notwendigkeit einer dauerhaften Regulierung ihres Status während des Aufenthaltes in Polen spürbar. Es ging dabei unter anderem um Fragen wie Arbeitsverträge, Staatsangehörigkeit, Entlohnung, Ausbildung der Kinder, Wohnungen und soziale Leistungen, d.h. um die Dinge des täglichen Lebens, die sich aus dem verlängerten Aufenthalt in Polen ergaben.

Seit Ende der vierziger Jahre normalisierte sich die Situation „anerkannten Deutschen“, obwohl die Mehrheit nicht freiwillig blieb. Hierzu trugen unterschiedliche Gründe bei, so auch die Gründung der DDR, die mit Polen offiziell freundschaftliche Beziehungen unterhielt. Ebenso erforderte das formale Ende der Umsiedlungen und ihre Fortführung unter der Bezeichnung Familienzusammenführung eine prinzipielle Regelung des Aufenthaltes dieser Bevölkerungsgruppe in Polen. Der Arbeitszwang hatte keine positiven wirtschaftlichen Folgen und die

deutsche Bevölkerung wurde durch keine materiellen Anreize motiviert. Unter diesen Umständen hieß es in der Wojewodschaft Breslau, dass 80% der dortigen deutschen Bevölkerung ausreisen wolle und sie die Situation in Polen nicht interessiere.¹³

Die Behörden waren entschlossen, Kinder deutscher Staatsbürger nach Deutschland zu schicken, wenn diese darum ersuchten. Verordnungen vom September 1947 legten die Grundlagen für die Auswahl der Waisen fest, die nach Deutschland verschickt werden bzw. in Polen bleiben sollten. Die polnischen Behörden behaupteten später, es gebe in Polen keine deutschen Kinder. Dagegen ist laut deutscher Seite in Polen eine bestimmte Anzahl von Kindern verblieben, die den Eltern bei der Aussiedlung nicht übergeben worden seien. Aus Berichten geht hervor, dass sich solche Kinder in Polen befanden und es sich nicht um Einzelfälle handelte. Doch diese Situation war eher auf die damaligen chaotischen Zustände zurückzuführen, denn auf eine zielgerichtete Politik. In Waisenhäusern verhielten sich andere Kinder diesen gegenüber nicht selten feindselig, wenn sie als andersartig zu erkennen waren. In späteren Jahren wurden ihnen jedoch bei der Suche nach ihren Eltern (z.B. über das Deutsche Rote Kreuz) und bei der Ausreise keine Schwierigkeiten bereitet.¹⁴

Die Erklärung der deutschen Nationalität und der Wunsch nach Ausreise hatten weiterhin Repressionen zur Folge. Dies betraf besonders Regionen wie Oberschlesien und Masuren, die vorwiegend von „verifizierter“ Bevölkerung bewohnt wurden. Viele Ermländer, Masuren und Schlesier sprachen weiterhin deutsch, aber die Motive dafür waren unterschiedlicher Art und mussten nicht eine Zugehörigkeit zur deutschen Minderheit bedeuten. Oft war dies allerdings der Fall. Die zentralen Behörden machten trotz der Integrationsprobleme keine Anstalten, ihre Nationalitätenpolitik zu ändern oder eine Ausreise zu erleichtern:

„Zuletzt tauchen in den Ämtern einiger Wojewodschaften Zweifel und ein Schwanken bezüglich der richtigen Einstellung zur einheimischen Bevölkerung in Fragen der Verifizierung, der Erlaubnis zur Ausreise nach Deutschland und der Repatriierung von Fa-

¹³ Meldungen in Archiwum MSW (wie Anm. 6), PRM MSW, t. 1197/64. Eine ähnliche Einschätzung bei FELIKS BIELAK, Niemiecka grupa narodowoścowa w Polsce [Die deutsche Bevölkerungsgruppe in Polen], Warszawa 1990, S. 53-56.

¹⁴ PIOTR MADAJCZYK, Dzieci niemieckie w Polsce [Deutsche Kinder in Polen], in: Dzieje Najnowsze 31 (1999), H. 1, S. 125-134. Vgl. auch JOACHIM ROGALL, Die Deutschen im Posener Land und in Mittelpolen, München 1993, S. 177.

milienmitgliedern [aus Deutschland, Anm. des Autors] auf. Das Ministerium für öffentliche Verwaltung hält es in diesem Zusammenhang für angebracht zu bemerken, dass es nicht die Absicht hat, die gegenwärtige – grundsätzlich negative Position – in der Angelegenheit der Aussiedlung der ortsansässigen Bevölkerung zu ändern, die trotz eines schwach entwickelten nationalen Bewusstseins dennoch Voraussetzungen für den Erwerb der polnischen Staatsbürgerschaft und die Eingliederung in die Bevölkerung des übrigen Polen besitzt. [...] Ebenso sind alle Anregungen bezüglich einer Massenaussiedlung des ablehnend eingestellten Teils der heimischen Bevölkerung, die von Vertretern der Staatsorgane manchmal fehlerhaft als geschlossener Block sprachlich fremder und Polen gegenüber unheilbar feindlich eingestellter Elemente angesehen werden, abzulehnen.“¹⁵

Offiziell gaben die polnischen Behörden 1949 bekannt, dass die Integration der verifizierten Bevölkerung abgeschlossen sei. Diese politische Entscheidung beseitigte bei den zuständigen Behörden das Gefühl, Angst vor dem nicht vorhersehbaren Verhalten einer nicht integrierten Gesellschaft haben zu müssen und vermittelte einen Eindruck von geregelten Verhältnissen. Auch die Einführung stalinistischer Grundsätze rief Änderungen hervor: Es wurde behauptet, es sei ein grundsätzlicher Fehler der Politik vor 1948 gewesen, die „Autochthonen“ einheitlich zu behandeln, ohne die „Klassenunterschiede“ zu berücksichtigen und die polnischen Aktivisten des alten Systems auszuschalten. Die Nationalitätenpolitik sollte in den Hintergrund treten, Funktionsträger (vor allem junge) nach ideologischen und nicht nach nationalen Kriterien ausgewählt werden.

In der Wojewodschaft Breslau waren die Deutschen (etwa 54.000) hauptsächlich in den Industriezentren vertreten, und außerhalb der Industrie arbeiteten sie in Staatlichen Landwirtschaftsbetrieben und auf Gütern der sowjetischen Militärverwaltung. Bis 1949 bekamen sie keine Ermäßigung für Kinokarten, erhielten keine Zuteilungen billiger und defizitärer Waren, die über die Gewerkschaften verteilt wurden, und durften kein Radio besitzen. Es gab keine kulturellen Veranstaltungen für sie, und eine ihrer zentralen Forderungen lautete, Zugang zu Pressever-

¹⁵ Ministerstwo Administracji Publicznej [MAP] an die Wojewodschaften Kattowitz, Breslau, Allenstein, Stettin, Danzig, Posen und Białystok, Warschau 13.8.1949, vertraulich, Abschrift, Zbiory specjalne Biblioteki Instytutu Śląskiego w Opolu [Sonderbestände der Schlesischen Bibliothek in Oppeln] A 305, Bd. 2, S. 3-4.

öffentlichtungen in deutscher Sprache zu erhalten. In dieser Bevölkerungsgruppe waren keine Tendenzen zur Assimilation oder Integration zu beobachten; nach Möglichkeit schickten Deutsche ihre Kinder nicht auf eine polnische Schule. In der Wojewodschaft Schlesien wurde die Zahl der „*anerkannten Deutschen*“ auf 9.000 Personen geschätzt, in der Mehrheit Arbeiter, die jedoch häufig arbeitsunfähig waren. Es gab viele Arbeitslose. In der Wojewodschaft Stettin wohnten etwa 31.500 Deutsche, von denen die Mehrheit in der Landwirtschaft arbeitete und nur wenige auf den Werften beschäftigt waren. Die Entlohnung der Deutschen betrug durchschnittlich 50-100% des Tariflohns. Auch hier wurden keine Kulturveranstaltungen für sie angeboten, und Schulen bestanden nur auf Gütern unter sowjetischer Verwaltung.

Seit 1949 entstanden in Niederschlesien deutsche Sportvereine, und die Behörden erlaubten einen Unterricht in deutscher Sprache. Zuvor konnten die Eltern ihre Kinder zwar auf eine polnische Schule schicken, doch in der Regel vermieden sie es, aus Angst entweder vor Konflikten mit polnischen Kindern oder vor einer Polonisierung. Allerdings hatte es, auch mit Unterstützung protestantischer Glaubensgruppen, lediglich halblegalen, von den Behörden tolerierten Privatunterricht gegeben. Schulen existierten auch auf sowjetischen Gütern, doch dies galt der Regierung nicht als zufriedenstellende Lösung, denn der Unterricht fand außerhalb ihrer Kontrolle und nach völlig anderen Lehrplänen statt. Die Kinder hatten keine Vorstellung von der Situation in Polen, oder auch in der DDR, denn sie waren von der Außenwelt und von der Presse abgeschnitten.

Die Grundsätze der neuen Politik gegenüber den „*anerkannten Deutschen*“ wurden in einer Richtlinie des Zentralkomitees der Polnischen Arbeiterpartei im Januar 1950 formuliert und stehen am Ende des hier besprochenen Zeitraums. Es wurde empfohlen, die ungleiche Entlohnung aufzuheben, die Deutschen in die innerbetriebliche Arbeit zu integrieren, ihnen Aufstiegsmöglichkeit zu geben, sie beruflich weiterzubilden, ihre Wohnungsverhältnisse zu verbessern und ihnen Aktivitäten im Berufsleben und in den Gewerkschaften zu ermöglichen. Die Richtlinie ordnete an, sie nicht mehr von der Sozialfürsorge auszuschließen und sie an den Vergünstigungen für Bergarbeiter zu beteiligen. Schließlich wurde nahe gelegt, das Schulwesen zu reorganisieren und den Zugang zur deutschsprachigen Presse aus der DDR zu ermöglichen. Vorgesehen waren weiterhin Umsiedlungen nach Deutschland, vor allem für Mitglieder auseinander gerissener Familien und Familien ohne Ernährer. Diese

Ausreisen sollten „*anerkannte Deutsche*“, die ehemalige Grenzbevölkerung und einige ehemalige „*Volksdeutsche*“ betreffen.¹⁶

Das Alltagsleben schliff im Verlaufe der Jahre die schärfsten Gegensätze ab und ermöglichte nachbarliche Kontakte. Es entstand eine Gemeinschaft, die sich auf das alltägliche Zusammenleben stützte, was jedoch keine Identifikation mit dem polnischen Staat und der polnischen Gesellschaft bedeutete. Doch konnte das stalinistische System bis 1956 nicht zu einer Lösung der alten Konflikte beitragen.

Literaturhinweise

Das Thema wurde insbesondere in zahlreichen älteren deutschen Veröffentlichungen vor 1989 behandelt, die jedoch alle keinen Zugang zu polnischen Archivbeständen hatten. Bis heute zu manchen Fragen heranzuziehen sind die Arbeiten von Richard Breyer über Niederschlesien und die Neumark, von Rudolf Neumann über Ostpreußen und Alfred Bohmann und Ekkehard Buchhofer zu den demographischen Veränderungen.

Zu den Deutschen in Niederschlesien liegt jetzt die Darstellung von Beata Ociepka, *Niemcy na Dolnym Śląsku 1945-1970* [Deutsche in Niederschlesien 1945-1970]. Wrocław 1994 vor; zahlreiche Informationen finden sich auch bei Bernhard Grund, *Das kulturelle Leben der Deutschen in Niederschlesien unter polnischer Verwaltung 1947-1958*. Bonn / Berlin 1967.

Über Pommern erschien zuletzt die Arbeit von Janusz Mieczkowski, *Żydzi, Niemcy i Ukraińcy na Pomorzu Zachodnim w latach 1945-1956. Liczba, położenie i działalność polityczna* [Juden, Deutsche und Ukrainer in Pommern 1945-1956. Zahlen, Lage und politische Tätigkeit]. Szczecin 1994.

Zu Ermland und Masuren sind insbesondere die Arbeiten von Andrzej Sakson zu nennen: *Mazurzy – społeczność pogranicza* [Die Mazuren – eine Grenzbevölkerung]. Poznań 1990 und *Stosunki narodowościowe na Warmii i Mazurach 1944-1997* [Die Nationalitätenverhältnisse im Ermland und in Masuren 1944-1997]. Poznań 1998.

Zu Oberschlesien liegen zwei neuere polnische Arbeiten vor: Bernard Linek, „*Odniemczanie*“ województwa śląskiego w latach 1945-1950 (w

¹⁶ Archiwum Akt Nowych (wie Anm. 12), 237/V-1b, t. 1, S. 2-4.

świetle materiałów wojewódzkich) [Die „Entdeutschung“ der Wojewodschaft Schlesien 1945-1950 (nach Wojewodschaftsdokumenten)]. Opole 1997 und Piotr Madajczyk, Przyłączenie Śląska Opolskiego do Polski 1945-1948 [Die Angliederung des Oppelner Schlesiens an Polen]. Warszawa 1996.

Über die „Verifikation“ und den Umgang der Bevölkerung mit dieser Frage liegen zwei Darstellungen vor: Jan Misztal, Werifikacja narodowościowa na Ziemiach Odzyskanych [Nationale Verifizierung in den Wiedergewonnenen Gebieten]. Warszawa 1990 und Grzegorz Strauchhold, Polska ludność rodzima ziem zachodnich i północnych. Opinie nie tylko publiczne lat 1944-1948 [Die polnische heimische Bevölkerung der West- und Nordgebiete. Meinungen nicht nur öffentlicher Natur 1944-1948]. Olsztyn 1995

Als Gesamtdarstellung erschien zuletzt Piotr Madajczyk, Mniejszość niemiecka w Polsce 1944-1989 [Die deutsche Minderheit in Polen 1944-1989]. Warszawa 2000; zu verweisen ist auch auf die Arbeit von Eugeniusz Mironowicz, Polityka narodowościowa PRL [Die Nationalitätenpolitik der VR Polen]. Białystok 2000. In deutscher Sprache liegt die Darstellung von Thomas Urban, Deutsche in Polen, Geschichte und Gegenwart einer Minderheit. München³1993 vor.